

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Anzeiger

Erstpreis
Jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Anträger pro Quartal M. 1 55
durch die Post M. 1,92 frei in's Haus.

Inserat
nehmen außer der Expedition auch die Anträger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

**Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Gernsdorf, Bernsdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruffdorf, Wüstenbrand, Grina, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Rirschberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Ruffschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.**

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 130.

Freitag, den 7. Juni 1907.

57. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nachdem der 1. Nachtrag zum Kassenstatut für die Ortskrankenkasse der Strumpfweber in Gersdorf mittels Dekrets der Königl. Kreis-Hauptmannschaft zu Chemnitz genehmigt worden ist, tritt derselbe mit dem 1. Juli 1907 in Kraft.
Jedem Kassenmitglied wird je ein Exemplar von diesem Nachtrag im Laufe dieses Monats durch den Kassierer Herrn Biemeg eingehändigt.

Gersdorf, den 6. Juni 1907.

Der Kassenvorstand.
Ernst Raughänel, Vorsitzender.

Aus dem Reiche.

Der Streit um die „Kamarilla“.

Auch die „Tägl. Ndsch.“ vermutet, daß der gestern von uns wiedergegebene Hymnus des „Votum Anzeiger“ auf den Kaiser und die kategorische Ablehnung jedweder Kamarilla als ein „Gegenzug der Eulenburg“ oder vielmehr der immer noch von ihnen beeinflussten Hofpartei gegen den Fürsten Bülow und dessen Kamarilla-Bündel in der „Norddeutschen“ zu betrachten ist. Eigenartig und fast komisch wirkt es, daß dasselbe, was jetzt der Moniteur der Hofpartei gegen den Reichskanzler vorbringt, Fürst Bülow selbst am 14. November im Reichstag ausgesprochen hat. Er fügte den jüngst zitierten Sätzen über die Kamarilla hinzu: „Unser Kaiser ist aber ein viel zu klarer Charakter und ein viel zu klarer Kopf, als daß er in politischen Dingen sich anderswo Rat holte, als bei seinem eigenen Pflichtgefühl und bei seinen besonnenen Ratgebern.“ — Ein gerichtlicher Antrag der Angelegenheit ist ausgeschlossen, nachdem die Staatsanwaltschaft und neuerdings auch der Oberstaatsanwalt es als „nicht im öffentlichen Interesse liegend“ erachtet haben die Artikel der „Zukunft“ vor der Öffentlichkeit zu erörtern. Eine Privatklage des Grafen Moltke gegen Harden aber ist deshalb unmöglich, weil die etwa in den „Zukunft“-Artikeln enthaltene Beleidigung bereits verjährt ist. Die Artikel sind am 17. und 24. November erschienen, die sechsmonatige Verjährungsfrist ist also am 17. und 24. Mai abgelaufen. Wegen der ablehnenden Haltung der Staatsanwaltschaft hat sich Graf Moltke von Moltke mit einer Beschwerde an das Justizministerium gewandt.

Das eine politische Ergebnis dieses Standes bleibt jedenfalls bestehen, der Bruch des Kaisers mit dem Fürsten Eulenburg, und diese Tatsache wird man im Interesse einer gesunden Politik und der Klarheit der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit nicht zu beklagen haben, so gemischte Gefühle die Ausbreitung ganz persönlicher Angelegenheiten vor der Öffentlichkeit auch erregen mag. Eine Berliner Korrespondenz bringt neuerdings allerlei pikante Enthüllungen, die auf ein Gebiet hinüberspielen, das sich vor der Öffentlichkeit nicht erörtern läßt. Die Korrespondenz nennt u. a. Namen, wie den des Grafen Lynar, des Schwagers des Großherzogs von Hessen, der vor einiger Zeit schon den Dienst als Rittmeister habe quittieren müssen, ferner den Generaladjutanten des Kaisers Grafen Hohenau, dessen Verabschiedung jetzt übrigens auch das „Militärwochenblatt“ meldet. Auch der Prinz Friedrich Friedrich von Preußen, der Sohn des früheren Braunschweiger Prinzregenten Albrecht, soll in die Affäre verwickelt sein. Endlich wird von allerlei Beziehungen des Fürsten Eulenburg zu dem Attaché der französischen Botschaft in Berlin Becomic berichtet, die beide unter den Namen „Garfner“ und „Mein Süßer“, die schon Harden in seiner „Zukunft“ nannte, in ihren Kreisen fungiert haben sollten. Die ganze Sache ist eine so schmuckige, daß man nur mit Widerwillen von ihr Notiz nehmen kann.

Der Einzug des Herzog-Regenten Johann Albrecht in Braunschweig.

Herzog Johann Albrecht hielt gestern nachmittags 2 Uhr mit seiner Gemahlin, nachdem auf der Grenzstation Helmstedt der Regentenschaftsrat den neuen Regenten begrüßt hatte, unter Glockengeläute seinen Einzug in die im Festschmuck prächtige Hauptstadt. In den Straßen bildeten Vereine, Schulen und Truppen Spalier. Am Friedrich-Wilhelm-Platz hatten

die Spitzen der städtischen Behörden und die Ehrenjungfrauen Aufstellung genommen. Oberbürgermeister Kretzmer hielt eine Ansprache, in der er zunächst auf das Vertrauen hinwies, das die Stadt dem Regenten entgegenbringe. In seiner zeitweiligen Regierungsführung in Mecklenburg habe der Herzog erkennen lassen, wach hohes Pflichtgefühl ihn befehle, und wie er die Aufgabe des Herrschers darin erblicke, in selbstloser Hingabe und treuer Pflichterfüllung dem Vaterlande zu dienen. Dabei habe der Herzog aber auch unzweideutig kundgetan, daß ihm auch das Wohl des Reiches am Herzen liege. Gleiche Gefühle befehlten die Einwohner der Stadt, die zwar mit allen Fasern ihres Herzens an ihrer engeren Heimat und ihrer Vaterstadt hingen, darüber aber die Pflichten dem Reiche gegenüber nicht vergäßen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Herzog der Stadt Vertrauen entgegenbringe und es an landesväterlicher Fürsorge und Wohlwollen nicht fehlen lassen werde. Zum Schluß sprach der Redner den aufrichtigen Wunsch aus, daß sich das hohe Regentenspaar in den Mauern der Stadt wohlfühlen und sein Wollen ihr zum Segen gereichen möge. Der Herzog dankte für den warmen Empfang. Hierauf bewegte sich der Zug nach dem Schlosse, wo Empfänge und Vorstellungen stattfanden.

Die amtlichen „Braunschweiger Anzeigen“ veröffentlichten das Regierungsantrittspatent des Herzogs Johann Albrecht. Dasselbe Blatt veröffentlichte einen aus Anlaß des gestrigen Regierungsantrittes bekannt gegebenen Amnestieerlaß für alle Haft- und Geldstrafen wegen Uebertretungen, sowie bei Vergehen für Freiheitsstrafen von nicht mehr als 6 Wochen oder für Geldstrafen von nicht mehr als 150 Mark.

Die englischen Journalisten

sind gestern von Frankfurt a. M. abgereist und nach kurzem Aufenthalt in dem weitestgelegenen Ridesheim in Köln, der Stadt mit dem einzigen Dom, eingetroffen. Mit Bülowschüssen und Lächerlichkeiten, schwunghaften Begrüßungsansprachen, die bei der Begrüßungsfähigkeit der Rheinländer noch um einige Töne herabgelassen gestimmt waren wie in den norddeutschen Städten, wurden sie empfangen. „Die Einfahrt in die Stadt gleich einem Triumphzuge“ heißt es in offiziellen Festberichten. In der Presse macht sich aber allgemach doch eine etwas kühlere Auffassung von dem praktischen Ergebnisse des englischen Journalistenbesuches bemerkbar, dessen bleibenden Wert auch wir gleich von vornherein in Zweifel gezogen haben. In ähnlichem Sinne heißt es jetzt in einem „Nachricht“ überschriebenen Artikel des „Chemn. Tgl.“: „Wir wünschen von Herzen, daß der Gegenbesuch der englischen Journalisten eine günstige Wirkung auf die deutsch-englischen Beziehungen haben möge, aber wir können uns nun einmal nicht zu der Anschauung bekehren, daß durch Gastmäher und Festreden die Politik gemacht wird. Der Altreichskanzler Fürst Bismarck hat einmal gesagt, daß durch die Fürstenbesuche nichts Neues geschaffen würde, sondern daß sie nur den bestehenden Zustand bestätigten. Bei aller Wertschätzung unseres eigenen Rufes können wir doch den Journalistenbesuchen unmöglich eine größere Bedeutung beimessen als den Fürstenbesuchen. Man darf eben die Dinerstimung, die bei

solchen Festlichkeiten herrscht, nicht überschätzen, und es liegt in der Natur der Sache, daß man bei Toasten nur angenehme und nie unangenehme Dinge sagt. Am nächsten war in dieser Beziehung der englische Botschafter Sir Francis Boscawell, der ja in seiner Tischrede ausdrücklich hervorgehoben hat, daß die „Missverständnisse“, die das Verhältnis der beiden Völker getrübt hätten, noch keineswegs gehoben wären. Muß doch auch in Rechnung gezogen werden, daß gerade die führenden Blätter der deutschen Presse, wie „Times“ und „Observer“, sich nicht nur vom dem Journalistenbesuch ausgeschlossen hatten, sondern daß sie auch jetzt ihren Lesern die Berichte über die Journalistenfahrt fast ganz unterschlagen und beispielsweise die Rede des Unterstaatssekretärs von Mühlberg totgeschwiegen haben. Und während bei uns die Festreden gehalten wurden, brachte die „Morning Post“ einen Artikel, worin sie vor jeder Verringerung der englischen Streitkräfte unter Hinweis auf angebliche englandfeindliche Forderungen Deutschlands warnt. Alle diese Vorurteile veranlassen uns zu der Mahnung, die politische Bilanz der englischen Festwoche mit Vorsicht zu ziehen und abzuwarten, ob man es in der englischen Presse „nach Tische“ nicht „anders lesen“ wird. In dieser Beziehung wird das Verhalten der englischen Blätter bei der bevorstehenden Haager Friedenskonferenz eine Probe auf das Exempel bilden. Hoffen wir das Beste — und seien wir auf das minder Gute gefaßt! — Nach all den rauschenden Festlichkeiten und begeisterten Tischreden mutet das an wie — Katerstimmung!

Das Schwarzrote Kartell.

Das antinationale Kartell in der Pfalz wird vom „Bayer. Cour.“ jetzt verächtlich ausgegeben. Das Münchner Zentrumorgan schreibt: „In Kaiserlautern ist das Zentrum allerdings indirekt für die zwei Sozialisten eingetreten. Wir können es nicht billigen und wären erfreut, wenn es nicht geschehen wäre. In gleicher Stunde haben die Sozialdemokraten wie ein Mann in Gernersheim für die beiden Zentrumskandidaten und nicht für ihre eigenen gestimmt.“

Unterstützung der Diaspora-Gemeinden durch die preussische Landeskirche.

Durch königlichen Erlaß ist bestimmt, daß zur Erfüllung der Aufgaben, die der preussische Landeskirche in bezug auf die kirchliche Versorgung der evangelischen Deutschen außerhalb Deutschlands obliegen, jährlich 1/4 v. H. der von den Mitgliedern der evangelischen Landeskirchen der älteren Provinzen zu zahlenden Staatseinkommensteuer erhoben werden soll. Auf diese Weise wird jährlich ein Betrag von 235 214 Mark gewonnen, während bisher jährlich nur etwa 32 000 Mark durch Kollekte aufgebracht wurden. Der königliche Erlaß stützt sich auf das von der Generalynode bestätigte Kirchengesetz vom 16. August 1898, betreffend die Versorgung der evangelischen Deutschen in der Diaspora.

Das Urteil im Prozeß Boeplau

wurde gestern nachmittag gefällt. Der Angeklagte Boeplau wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Falle Franziskus erfolgte Freisprechung, dagegen kam der Gerichtshof in den Fällen Riems und Kannenberg zu einer Verurteilung. Der Gerichtshof befand den Angeklagten in diesen beiden Fällen für schuldig, das Amtsgeheimnis verletzt zu haben, indem er Abschriften aus den Akten Riems und Kannenbergs an den Abgeordneten Erzberger zur beliebigen Benutzung übergeben hat. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß von einer Geldstrafe Abstand zu nehmen sei, weil der Angeklagte die Handlungen beging, um an anderen Beamten, von denen er glaubte, daß sie ihm hinderlich wären, Rache zu nehmen. Die Verurteilung erfolgte auf Grund § 353a des Reichsstrafgesetzbuchs (widerrechtliche Mitteilung amtlicher Schriftstücke).

Gemafregelte Ortsschulinspektoren.

Dem katholischen Dekananten Schleiter in Olan (Rheinprovinz), der in einer Wahlrede den Oberpräsidenten v. Schölkner mit einer Reklamation verglichen hatte, wurde die Ortsschulinspektion entzogen. Das Gleiche war vorher schon vier

katholischen Geistlichen in demselben Bezirke wegen ihrer Wahlagitatio n g e s c h e h e n .

Drohender Lohnkampf im Holzgewerbe.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Bez. Leipzig, hat den von einer Kommission der Arbeitgeber- und -Nehmer ausgearbeiteten Akkordtarif für Spezialarbeiten, der von den Arbeitern schon angenommen worden war, wegen der Höhe des Stundenlohnes abgelehnt. Ein Konflikt ist wahrscheinlich.

Der Lohnkampf im Berliner Baugewerbe.

Gestern beschloffen zwei stark besuchte Versammlungen der zentral und lokal organisierten Zimmerer Berlins, daß auf allen Bauten, wo die Forderungen der Maurer nicht bewilligt worden sind, auch die Zimmerer die Arbeit ruhen lassen. Als Gegenleistung verlangen sie, daß auch die Maurer dort, wo die Forderungen der Zimmerer nicht anerkannt werden, die Arbeit einustellen oder nicht aufnehmen haben.

Aus unseren Kolonien.

Dernburgs Südamerikareise.

Es steht jetzt fest, daß der Staatssekretär Dernburg am 15. Juli mit dem „Feldmarschall“ von Neapel aus die Ausreise nach Daresalam antreten wird. Nach einigem Aufenthalt im deutsch-afrikanischen Schutzgebiete wird er sich von Mombassa mit der Ugandabahn nach Muanza begeben, wo jedenfalls die Ausfahrten der Nordbahn über den Meruberg nach Muanza und der Baumwoolnabau den Hauptgegenstand seines Studiums bilden werden. Auf der Rückreise wird Herr Dernburg in Voi die Ugandabahn verlassen, um über Moshi am Kilimandscharo durch die Pangani-Steppe und West-Uganda bis zur Erreichung der Tanga-Bahn in Mombasa zu marschieren. In West-Uganda ist der Besuch des Tschumbe-Jedermalbes, der landwirtschaftlichen Station Dual und der landwirtschaftlichen Anlagen des Hauptmanns v. Prince beabsichtigt. Der genaue Zeitpunkt der Rückreise läßt sich bei einer so großen Reise und ihren vielen Zwecken natürlich nicht absehen.

Wechsel in den Gouvernements.

Der Gouverneur Seig wird am 10. Juli mit seiner jungen Frau die Ausreise nach Kamerun antreten, und der dortige stellvertretende Gouverneur Klein wird nach Uebergabe der Geschäfte nach Deutschland in den heimischen Kolonialdienst zurückkehren. — Der Gouverneur v. Lindquist fährt bereits am 15. Juni zur Vorbereitung der Uebergabe der Geschäfte nach Deutsch-Südwestafrika, während sein Nachfolger v. Schuckmann, der zur Aufgabe seines Berliner Haushalts und zur Ueberflutung seiner Familie einiger Zeit bedarf, ihm erst am 25. Juli nachfolgen wird. Hauptmann Domini wird den neuen Posten eines Referenten für Süd-Kamerun erst Ende September antreten.

Zur Sache Puttkamer-Germar.

Frau von Germar soll erklärt haben, das „Meine Journal“ und Herrn von Puttkamer wegen des in unserer vorletzten Nummer wiedergegebenen Artikels verklagen zu wollen.

Deutschrussen für die deutschen Kolonien.

In der Kolonialschule zu Wigenhausen trafen wieder eine größere Anzahl deutschrussischer Auswanderer ein, die sich durch Vermittlung des evangelischen Hauptvereins für deutsche Auswanderer in unseren Kolonien eine neue Heimat gründen wollen. Es sind meist Bauern von großer, kräftiger Gestalt, die unzweifelhaft als Gewinn für die Schutzgebiete zu betrachten sind. Zahlreiche Deutschrussen sind bereits dort anständig und mit dem Wechsel sehr zufrieden.

Aus dem Auslande.

Zusammenschluß der tschechischen Parteien.

Eine gemeinsame Versammlung sämtlicher tschechischer Abgeordneter beschloß einmütig, nach